



Russland Aidshelfer unter Spionageverdacht

Der Kampf russischer Behörden gegen nichtstaatliche Organisationen, sogenannte NGOs, nimmt bizarre Formen an. Das Moskauer Justizministerium hat zwei einheimische NGOs unter Spionageverdacht gestellt, obwohl die sich lediglich mit Aidsprophylaxe befassen: die landesweit bekannte Organisation Eswero und die Stiftung Andrej Rylkow. Laut einem russischen Gesetz von 2012

werden Organisationen zu „ausländischen Agenten“ erklärt, wenn sie Finanzhilfen aus dem Ausland erhalten oder sich politisch betätigen. Die NGOs werden dann in der Regel geschlossen. Sowohl Eswero als auch die Rylkow-Stiftung beteuern, dass sie sich ausschließlich um HIV-Gefährdete kümmern: Sie verteilen Spritzen und Kondome an Drogenabhängige und Prostituierte. Weil Anträge auf russische Fördermittel abgelehnt worden seien, würden sie auf internationale Spenden zurückgreifen,

erklärte Eswero-Generaldirektor Pawel Aksjonow: Ein großer Teil der Mittel komme vom Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Bereits im Frühjahr waren Aidshilfeorganisationen in Omsk und Engels zu Spionagegruppen erklärt worden. Gutachter hatten behauptet, sie arbeiteten „gegen den Staat“ – belegt wurde der Vorwurf nicht. Russland zählt gegenwärtig mehr als eine Million HIV-Infizierte, allein im vorigen Jahr kamen etwa 93 000 neue Fälle hinzu. cne

Großbritannien Die Kriegspoliteure

Im Süden der Arabischen Halbinsel, im Jemen, tobt ein weithin vergessener Konflikt. Seit fast anderthalb Jahren bombardiert eine von Saudi-Arabien geführte Koalition Ziele, um die Huthi-Rebellen zurückzudrängen. Zu den Profiteuren des Einsatzes zählt ausgerechnet die Waffenindustrie in Großbritan-

nien – jenem Land, das behauptet, besonders scharfe Exportgesetze zu besitzen. Inzwischen ist das saudi-arabische Militär der größte Abnehmer von Kriegsmaterial made in Britain, darunter Kampffjets, von Lasern gesteuerte Bomben und Panzerabwehrraketen. In den ersten sechs Monaten der Intervention vergab die Londoner Regierung Ausfuhrgenehmigungen im Wert von umgerech-

net über 3,3 Milliarden Euro. Laut Menschenrechtsorganisationen kommen viele der Waffen im Jemen zum Einsatz, wo bei Angriffen auf Schulen, Kliniken und Märkte Tausende Zivilisten getötet wurden. Der britische Oberste Gerichtshof hat nun eine Prüfung der Exportlizenzen zugelassen. Er eröffnet damit zumindest die Chance, Waffenexporte nach Saudi-Arabien zu stoppen. cx

Fußnote

257 186

Geflüchtete

sind seit Jahresbeginn bis Ende Juli über das Meer nach Europa gekommen. 3120 von ihnen sind laut Nachforschungen der Internationalen Organisation für Migration IOM im Mittelmeer ertrunken. Das sind 35 Prozent mehr Tote als im gleichen Zeitraum 2015. Die meisten sind Afrikaner, die per Boot von Libyen nach Italien übersetzen wollten.



Durch Luftangriff zerstörte Gebäude in jemenitischer Hauptstadt Sanaa

KHALED ABDULLAH / REUTERS